

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Diana Golze, Katja Kipping, Jan Korte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/6599 –**

### **Soziale Gerechtigkeit statt Generationskampf – Für eine nachhaltige Politik des Sozialstaates im Interesse von Jung und Alt**

#### **A. Problem**

Mit dem Antrag soll der Deutsche Bundestag aufgefordert werden festzustellen, dass eine sichere und solidarische Zukunft für Jung und Alt nur mit einem verlässlichen und starken Sozialstaat zu erreichen sei. Gebot der Stunde seien Investitionen in die Zukunft, nachhaltiger Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Infrastruktur, Wahrung der materiellen und natürlichen Lebensgrundlagen sowie Sicherung von Teilhaberechten für alle Generationen. Der interfraktionelle Gesetzentwurf zur Verankerung der Generationengerechtigkeit im Grundgesetz sei zentraler Bestandteil einer Kampagne, die maßgeblich von wirtschaftsnahen Lobbyistinnen und Lobbyisten vorangetrieben werde und insbesondere junge Abgeordnete für ihre Zwecke zu gewinnen suche. Die derzeitige Debatte über Generationengerechtigkeit sei ein Vorwand für eine Politik des radikalen Sozialabbaus und der Privatisierung sozialer Risiken. Im Gegensatz dazu sei es erforderlich, die Interessen der heutigen und zukünftigen Generationen zu schützen und sie nicht gegeneinander auszuspielen. Gerechtigkeit setze Umverteilung voraus. Das Grundgesetz müsse nicht geändert, sondern umgesetzt werden. Es gebiete, dass der Staat allen seinen Bürgerinnen und Bürgern eine gesellschaftliche Teilhabe gewährleisten müsse. Es fordere, dass Eigentum dem Allgemeinwohl verpflichtet sei und bei Bedarf sogar in Gemeineigentum überführt werden könne.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung daher auffordern,

1. keine Grundgesetzänderung vorzulegen, die eine weitere Schuldenbegrenzung impliziere und zudem eine Senkung der Staatsquote nach sich ziehe;
2. sich für ein gerechteres Steuersystem einzusetzen;
3. die Massenarbeitslosigkeit entschieden zu bekämpfen;
4. einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen;

5. mehr und bessere Investitionen in die soziale Infrastruktur zu tätigen;
6. die sozialen Sicherungssysteme auszubauen;
7. Umwelt- und Klimaschutz als sozial sensible Aufgabe von und für Alt wie Jung in Gegenwart und Zukunft zu betreiben;
8. Ausgaben für mehr Rüstung und die Beteiligung an internationalen militärischen Interventionen zu unterlassen und die Mittel umzuwidmen für soziale, ökologische und friedensfördernde Maßnahmen.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/6599 abzulehnen.

Berlin, den 4. März 2009

### **Der Rechtsausschuss**

**Andreas Schmidt (Mülheim)**  
Vorsitzender

**Michael Grosse-Brömer**  
Berichterstatter

**Marco Wanderwitz**  
Berichterstatter

**Dr. Carl-Christian Dressel**  
Berichterstatter

**Mechthild Dyckmans**  
Berichterstatterin

**Wolfgang Neskovic**  
Berichterstatter

**Jerzy Montag**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Michael Grosse-Brömer, Marco Wanderwitz, Dr. Carl-Christian Dressel, Mechthild Dyckmans, Wolfgang Neskovic und Jerzy Montag

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/6599** in seiner 118. Sitzung am 11. Oktober 2007 beraten und an den Rechtsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überweisen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/6599 in seiner 86. Sitzung am 4. März 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 119. Sitzung am 4. März 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage in seiner 87. Sitzung am 4. März 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 117. Sitzung am 4. März 2009 beraten und mit den

Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage auf Drucksache 16/6599 in seiner 80. Sitzung am 4. März 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 85. Sitzung am 4. März 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 4. März 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

### III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Rechtsausschuss hat die Vorlage in seiner 127. Sitzung am 4. März 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Berlin, den 4. März 2009

**Michael Grosse-Brömer**  
Berichtersteller

**Marco Wanderwitz**  
Berichtersteller

**Dr. Carl-Christian Dressel**  
Berichtersteller

**Mechthild Dyckmans**  
Berichterstellerin

**Wolfgang Neskovic**  
Berichtersteller

**Jerzy Montag**  
Berichtersteller